

Verschärfung des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens gegenüber Deutschland durch die Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat das Verfahren zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte¹⁾ gegenüber Deutschland verschärft. In ihrer am 26. Februar 2015 veröffentlichten Gesamtbeurteilung²⁾ kommt sie zum Ergebnis, dass sich die Trends in den zuvor diagnostizierten Ungleichgewichten nicht greifbar verbessert haben und die wirtschaftspolitische Reaktion bislang unzureichend gewesen sei. Auf der sechsstufigen Skala rangiert Deutschland nicht mehr in der zweiten, sondern in der dritten Kategorie. Derzufolge bedürfen die makroökonomischen Ungleichgewichte der deutschen Volkswirtschaft weiterer Beobachtung und entschiedener politischer Maßnahmen.

Die Kommission wertet in ihrer diesjährigen „vertieften Analyse“³⁾ den Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Volkswirtschaft, der gemäß ihrer Prognose im Jahr 2015 auf 8% des Bruttoinlandsprodukts ansteigen könnte, weiterhin als ein Hauptindiz für das Vorliegen makroökonomischer Ungleichgewichte hierzulande. Dieser sei – neben den momentan kräftigen Terms-of-Trade-Gewinnen – Reflex der starken Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Exportindustrie und hoher Einnahmen aus Vermögensanlagen im Ausland, spiegele gleichzeitig aber auch wider, dass die zunehmende Inlandsnachfrage kein ausreichendes Gegengewicht auf die Waage gebracht habe. Während der private Konsum an Stärke gewonnen habe, seien die Investitionen weiterhin enttäuschend ausgefallen. Für die Kommission ist dies der zweite wichtige Anhaltspunkt, der auf makroökonomische Ungleichgewichte hindeutet. Konkret diagnostiziert sie eine fortgesetzte Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen, eine Wachstumsverlangsamung bei den Wohnbauinvestitionen und ein Zurückbleiben der öffentlichen Investitionen hinter dem erforderlichen Maß.

Nach Ansicht der Kommission bergen die makroökonomischen Ungleichgewichte Deutschlands systemische Risiken für den

Euro-Raum. So profitierten die EWU-Partnerländer zwar von den Exporterfolgen der deutschen Industrie, die schwachen Inlandsinvestitionen, das zurückgehende Potenzialwachstum und die Abhängigkeit von den externen Rahmenbedingungen seien aber weder für Deutschland selbst noch für den Euro-Raum ohne Gefahr. Gleichwohl wird eingeräumt, dass die Verringerung des deutschen Leistungsbilanzsaldos gegenüber den anderen EWU-Staaten auf ein Viertel des Gesamtüberschusses als Hinweis auf einen fortschreitenden Anpassungsprozess innerhalb des Euro-Raums betrachtet werden kann. Ein zentraler Beitrag Deutschlands zum weiteren Abbau der Ungleichgewichte im Euro-Raum könnte der Kommission zufolge darin bestehen, mit dem erheblichen gesamtwirtschaftlichen Ersparnisüberhang dringend benötigte Investitionen in die Modernisierung und Entwicklung der Infrastruktur zu unterstützen.

Die Verschärfung des Ungleichgewichtsverfahrens ist auch Folge davon, dass die deutsche Wirtschaftspolitik aus Sicht der Kommission den länderspezifischen Empfehlungen des letztjährigen Verfahrens insgesamt zu wenig nachgekommen ist. Lediglich begrenzte Fortschritte werden bei der Umsetzung einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik unter Gewährleistung solider Staatsfinanzen, bei der Beseitigung von Fehlanreizen am Arbeitsmarkt (insb. in Bezug auf Zweitverdiener) und bei der Schaffung besserer Wettbewerbsbedingungen in Dienstleistungsbranchen bescheinigt. Demgegenüber erkennt die Kommission an, dass die Bundesregierung einige Fortschritte dabei erzielt hat, die Energiewende kosteneffizienter zu gestalten.

1 Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP).

2 Vgl.: Europäische Kommission, 2015 European Semester: Assessment of growth challenges, prevention and correction of macroeconomic imbalances, and results of in-depth reviews under Regulation (EU) No 1176/2011.

3 Vgl.: Europäische Kommission, Country Report Germany 2015 Including an In-Depth Review on the prevention and correction of macroeconomic imbalances.